

Berliner Tageblatt



Nr. 303

und Handels-Zeitung

Montag, 2. Juli 1923

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Vor der Regierungserklärung.

Sind die Deutschnationalen noch eine monarchische Partei?

Nachdem das Reichskabinetts sich im Laufe des gestrigen Sonntags mit den besonderen Vorschlägen der einzelnen Ressorts zu der bevorstehenden Regierungserklärung befasst hatte, wobei über die Berücksichtigung der Ressortwünsche grundsätzliche Einvernehmen erzielt wurde, ist das Kabinetts heute vormittag 11 Uhr unter Vorsitz des Reichskanzlers Hermann Müller wiederum zusammengetreten. Die heutige Sitzung gilt der endgültigen Feststellung der Regierungserklärung, die der Kanzler in der morgen mittag 3 Uhr beginnenden Reichstagsitzung abgeben wird. Diese Erklärung wird wesentlich ausführlicher gehalten sein, als man bisher annahm.

Zu den einzelnen Punkten, über deren Behandlung in der Regierungserklärung innerhalb des Kabinetts eine Einigung erzielt ist, gehören die Frage der Amnestie, der Lohnsteuersenkung, auch die Frage des Nationalfeiertags. Inwieweit auf das Schulgesetz eingegangen werden wird, steht noch nicht fest.

Im Reichstag trat heute vormittag die deutschnationale Reichstagsfraktion um 10 Uhr zusammen, um zunächst den Fall

Lambach und im Zusammenhang damit die gesamte künftige Taktik der Fraktion zu beraten. Die Sitzung wird voraussichtlich den ganzen Tag in Anspruch nehmen und in ihrem zweiten Teil die Entscheidung über den künftigen Fraktionsvorsitz bringen. Es sind Bestrebungen im Gange, den Grafen Westarp von diesem Amte, das er seit dem Rücktritt des Abgeordneten Winkler innehatte, zu entbinden oder ihm wenigstens eine Art von Kontrollkommission an die Seite zu stellen. Jedenfalls wird sich die Unzufriedenheit mit dem Erfolge seiner bisherigen Fraktionsführung lebhaft geltend machen; doch ist schwerlich damit zu rechnen, dass seine Gegner einen vollen Erfolg erringen und die Stelle des Fraktionsvorsitzenden neu besetzt wird. In der Vormittagsitzung stieß die Forderung des Abgeordneten Lambach,

das Bekenntnis zur Monarchie aus dem Programm der Deutschnationalen zu streichen,

auf heftigen Widerspruch, dessen Wortführer namentlich der Abgeordnete Dr. Everling war. Doch entstanden aus den Reihen der Fraktion dem Abgeordneten Lambach einige Helfer. Eine Entscheidung ist bis zur Mittagsstunde noch nicht gefallen.

(Siehe auch Seite 3.)

Parlamentarismus in England.

Langeweile in Westminster. — Der Auftakt des Wahlkampfes. — Lloyd George und die Tories.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Kurt von Stutterheim.

△ LONDON, Ende Juni.

Nicht das Kabinetts, das Parlament der Tories ist heute Gegenstand allgemeiner Kritik. Denn trotz aller ihrer Sünden ist die Regierung Baldwin, die immerhin Locarno, das Wahlgesetz und die große Steuerreform zu ihren Gunsten anzuführen hat, keine schlechte Regierung. Anders dagegen das Parlament. Es ist, und hierüber ist man sich im ganzen Lande einig, das leblose, uninteressanteste Unterhaus, das England seit Jahrzehnten gehabt hat. Der Grund hierfür ist die ungeheure Mehrheit der Konservativen, die durch keinerlei Abspaltung gemildert wurde. Im Gegenteil wie Pech und Schwefel hängt diese Riesenpartei zusammen, während Lloyd George dauernd mit dem rechten, MacDonald mit dem linken Flügel seiner Partei zu kämpfen hat. Sollte Bernard Shaw recht haben, dass alle Leute, die nicht denken, an dem gleichen Strang ziehen, dass aber die Menschheit, sowie sie sich erst einmal Gedanken macht, in verschiedenen Richtungen marschiert?

Die Folge dieser Konstellation war, dass Opponieren nicht nur von vornherein hoffnungslos, sondern für die Opposition gefährlicher war als für die Regierung. Und wenn je einmal ein wenig Kampfeifer aufleuchtet, so verbreitete die Persönlichkeit des Premierministers eine Atmosphäre von solcher Behaglichkeit und Gentilität, dass den wildesten Streikern die Lanze abbrach. Unter diesen Umständen gab man es auf, Attacken zu reiten und liess es zu, dass auch draussen im Lande ein allgemeine Teilnahmslosigkeit an parlamentarischen Dingen sich verbreitete, die im heutigen Zeitalter nicht ganz ungefährlich war.

Denn was verlangt der Engländer von seinem Parlament oder, zunächst einmal umgekehrt, was soll ein englisches Parlament nicht sein? Es soll keine Gesetzesmaschine sein, die wie ein Fernschreiber Paragrafen auf Papier tippt. Es soll auch kein Kongress sein mit (gedenke dies, o Reichstag) gelehrten Vorträgen von Fachmännern für Fachmänner. Das Parlament in Westminster ist nach der klassischen Definition ein Debattierklub mit nicht nur ein paar hundert Abgeordneten, sondern dem ganzen Lande als Parterre. Eine Sache so aufzusehen, dass das ganze Volk zum Zuhören und Stellungnehmen gezwungen wird, das ist nach englischer Auffassung die große Aufgabe des Parlamentarier. Und den Mann, der dies kann, den betrachtet der Engländer als Führer. Wenn aber hat das Parlament Baldwin's derartige Möglichkeiten gegeben? Die Fragezeit, einst das blühende Vorhulgeplänkel kommender Bataillone, wurde zum Frage- und Antwortspiel, und ebenso konnte ein so wichtiges Ereignis wie die Budgetdebatte im Sande verlaufen. Nur zweimal war das englische Parlament Parlament. Und in beiden Fällen handelte es sich nicht um den Kampf einer Partei gegen die andere, sondern um überparteiliche, von keiner Parteidisziplin beeinflusste Dinge. Die beiden Fälle waren der Savidgecase und die Gebetbuchreform.

Nichts war interessanter, als das jähre Aufflammen des Volksinteresses an diesen Vorfällen. Handelte es sich doch endlich einmal um eine Auseinandersetzung, deren Ausgang nicht von vornherein feststand, sondern in denen die Persönlichkeit der Kämpfer noch eine Rolle spielte. So wurde aus dem Disput über den Aufbewahrungsort der Hostie ein Kampf gegen Rom, während in der hürschen kleinen Miss Savidge, deren angelegliche Liebesabenteuer mit einem ungehörlichen Polizeiverhör endeten, die heiligsten habeas-corpus-Rechte Englands verletzt waren. Seit den Tagen des Snowiew-Briefes (der übrigens in dieselbe Kategorie gehört), hatte Westminster keine derartige Erregung erlebt. Und die Zeitungen, die in Ermangelung politischer Sensationen Privatdebatten veranstaltet hatten (z. B. darüber, wo die Seele nach dem Tode weil, und was schöner ist, langes Haar oder kurzes), konnten wieder einmal ihre frontpages mit Parlamentsberichten füllen. Seit Jahr und Tag hatten ein paar Zeilen in irgendeiner Ecke gegügt. So langweilig war das grösste Parlament der Weltgeschichte geworden.

Ist aber vom alten Parlament nicht mehr viel Interessantes zu erwarten, so desto mehr von dem bereits einsetzenden Kampf um das neue. Mit der Auffassung, die

Russisch-japanische Spannung?

Mandschurei-Verhandlungen zwischen Nanking und Tokio.

Telegramm unseres Korrespondenten.)

■ MOSKAU, 2. Juli.

Der englische Generalkonsul in Schanghai erklärte der chinesischen Zeitung „Tsingwenbau“, die Zeit für die Revision der „ungleichen Verträge“ mit China sei noch nicht gekommen. Die englische Regierung erwäge die Anerkennung der Nanking-Regierung und die Übersiedlung der englischen Gesandtschaft dorthin. Der deutsche Generalkonsul Witt teilte derselben Zeitung mit, die Entscheidung der deutschen Regierung über die Anerkennung der Nanking-Regierung werde wahrscheinlich sehr bald fallen. (Das soll natürlich nicht etwa bedeuten, dass Deutschland den anderen in China politisch interessierten Mächten in dieser Frage die Initiative abnehmen will. Die Red.) Die Aeusserung des englischen Generalkonsuls widerspricht der abwartenden Haltung, die England bisher betont eingekommen hat. Wenn die Anerkennung der Nanking-Regierung schon in der nächsten Zeit, das heisst vor Klärung der Machtverhältnisse im Norden, wo Fungjuhsiang tatsächlich tonangebend ist, erfolgen sollte, dann würden wahrscheinlich auch die Bedürfnisse der japanischen Politik, die ihr Hauptaugenmerk auf ihre Position in der Mandschurei richtet, die Ursache dafür sein. Die Nachrichten mehren sich, dass

die stützungsbedürftige Nanking-Regierung mit Japan Verhandlungen über ein Desinteressement an der Mandschurei führte, um die Unterstützung Japans in Grosschina zu gewinnen.

Die japanische Zeitung „Tsuigaisio“ schrieb, die Lage in China könne nicht als geordnet betrachtet werden, bevor die mandschurische Frage geklärt sei. „Gibt die Nanking-Regierung Beweise für die Aufrichtigkeit ihrer Absichten gegenüber Japan, so wird Japan die Nanking-Regierung anerkennen, sogar vor Erledigung des Tsinanfu-Zwischenfalles.“ Das ist deutlich. Um so mehr

steigt die Besorgnis in der Sowjetunion über die japanischen Absichten in der Nordmandschurei, vor allem im Gebiet der ostchinesischen Bahn. Es wird

hingewiesen auf die Kampagne, welche die offizielle japanische Telegraphenagentur für das Einrücken japanischer Streitkräfte in die Nordmandschurei führt. Aus Chargin werde nach Japan gemeldet, dass dort die anti-japanische Stimmung bedenklich wachse. Die chinesische Polizei betze die Bevölkerung auf. Die Chinesen weigerten sich, Japaner Wohnungen zu vermieten und die Rikschu-Kulis, Japaner zu fahren. Die Japaner beriefen sich auch auf die Gefahr der gegen sie erregten aus China zurückkehrenden Truppen. Es sei charakteristisch, dass die Gegend der Zizichar-Taonan-Eisenbahn, die zum japanischen Eisenbahnetz gehört und die ostchinesische Eisenbahn überquert, als „gefährdet“ hingestellt werde. In Tschangtschung stehe bereits japanisches Militär. Aus Mukden seien mehrere Regimente bestimmt worden, um die südmandschurische Eisenbahn nördlich von Mukden zu schützen und ebenso die Zizichar-Bahn. Wahrscheinlich sei die Besorgnis der Japaner vor den zurückkehrenden herrenlosen Truppen Tschangtschung berechtigt. Aber sehr ernst klinge die Erklärung, die der Generalkonsul Japans in Chargin nach der bekannten Geheimkonferenz aller japanischen Konsuln öffentlich abgegeben habe. Er habe gesagt, die Lage in der Mandschurei verlange, dass nicht mehr habe Massregeln, wie bisher, angewandt würden, sondern dass energisch gehandelt werden müsse. Dies, so meint die Sowjetpresse, sei die Idee des japanischen Generalstabes. Alle alarmierenden Nachrichten aus der Mandschurei sollten den Boden für diese Pläne vorbereiten. Käme es zu Zwischenfällen, so seien sie das Werk des japanischen Generalstabes. In diesem Zusammenhang muss an die bereits wilige Abhängigkeit des Sohnes Tschangtschung, Tschangtschung, von Japan erinnert werden, ferner an die Nachrichten über die Pläne zur Schaffung eines Pufferstaates Mandschurei. „Prawda“ wendet sich weiter gegen die Nachrichten, die behaupten, dass Sowjetrusland Truppen nach der mandschurischen Grenze bewege. Niemand werde glauben wollen, die Sowjetunion habe auch nur die mindeste Absicht, sich in kostspielige und nutzlose Abenteuer im Fernen Osten zu stürzen.

Lande sich von Grund auf geändert habe und der Rücktritt der Regierung die schwere Lage erleichtern müsse. Die Entscheidung liegt voraussichtlich bei dem Beschluss der demokratischen Partei, die heute ihre Tagung abhält. Auch das bedeutendste Belgrader Wirtschaftsblatt, der „Trgovinski Glasnik“, fordert mit aller Entschiedenheit den Rücktritt des Kabinetts und die Bildung einer Koalitionsregierung und wüßigen Systemwechsel. Hingegen werden von der offiziellen „Samouprawa“ die Oppositionsführer Raditsch und Pribitschewitsch als grösserwahnsinnig heftig bekämpft und mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Ratifizierung der Nettunpakete und der Genehmigung der Auslandsanleihe nachdrücklich zur Weiterarbeit mit dem heutigen Parlament aufgefordert. Die Opposition findet den Beschluss der Regierung unerklärlich. Er vertrat, dass man in Belgrad den Ernst der Lage im Lande gar nicht begriffe. Die Situation werde in dieser Weise nur weiter verschärft.

■ ROM, 2. Juli. (Funkspruch.) Der italienisch-estländische Handelsvertrag ist gestern unterzeichnet worden.

Wukitschewitsch will nicht zurücktreten.

Überraschender Beschluss des Ministerrats.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

■ BELGRAD, 2. Juli.

Der Ministerrat hat beschlossen, dass das Kabinetts vorläufig im Amte bleibt. Dieser Beschluss, der überraschend wirkt, wird damit begründet, dass die Regierung über die Mehrheit im Parlament verfüge. Auch sei die gegenwärtige Lage nicht derartig geklärt, um die Bildung einer Regierung zu ermöglichen, die besser sei als die heutige. Es verlautet, dass der Ministerbeschluss nicht die völlige Billigung der zweiten Regierungspartei, d. h. der Demokraten, finde. Deren Führer Dawidowitsch soll für den Rücktritt des Kabinetts sein, weil seit der blutigen Ereignisse in der Skupschina die Lage im